Angelika Ebbinghaus (Hrsg.)

Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa

Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr



VSA

Angelika Ebbinghaus (Hrsg.)
Die letzte Chance?
1968 in Osteuropa

Angelika Ebbinghaus (Hrsg.)

Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa

Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr

VSA-Verlag Hamburg

Die Veröffentlichung dieses Buches wurde unterstützt von der Rosa Luxemburg Stiftung Berlin und der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts Bremen.

www.vsa-verlag.de

Umschlagabbildung: Prag im August 1968 – die Bevölkerung informiert sich durch an Hauswänden und in Schaufenstern ausgehängte Nachrichten über die aktuelle Lage (Foto: dpa).
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-311-3

Inhalt

Angelika Ebbinghaus
Das Jahr 1968 in Ost und West – Zu diesem Buch 9

Der »Prager Frühling« und seine Niederschlagung

Stefan Karner
Der kurze Traum des »Prager Frühlings« und Moskaus Entscheid zu seinem Ende 28

»Der Weg der Tschechoslowakei zum Sozialismus« 45
Auszüge aus dem Aktionsprogramm der KPČ vom 5. April 1968

Ludvík Vaculík
2000 Worte 48
Aus dem Jahr 1968, Auszüge

Peter Heumos
Arbeitermacht im Staatssozialismus 51
Das Beispiel der Tschechoslowakei 1968

Marketa Spiritova
»Im Inland begann eine Hexenjagd« 61
Die Auswirkungen der Niederlage auf den Alltag von Intellektuellen

1968 in Polen: Freiheitlicher Aufbruch und antisemitische Antwort von oben

»Wir kämpften für die Freiheit« 76
Adam Michnik im Gespräch mit Gabriele Lesser über das Jahr 1968

Karol Modzelewski/Jacek Kuroń
Offener Brief an die Vereinigte Polnische Arbeiterpartei 84
Aus dem Jahr 1964, Auszüge

Karol Sauerland
Der von den Machthabern initiierte Antisemitismus 86

Stefan Garsztecki
Die Bedeutung des Jahres 1968 für Polen – ein Überblick 94

Öffnungen und neue Grenzziehungen: Ungarn 1968

Árpád von Klimó
Zwischen Beat und Kommunismus 108
Katholische Jugendgruppen in Ungarn 1968

Hannes Lachmann
Das Jahr 1968 in Ungarn – gab es einen »Budapester Frühling«? 121

»Dritter Weg«: Anspruch und Wirklichkeit in Jugoslawien 1968

Boris Kanzleiter
»Nieder mit der roten Bourgeoisie!« 134
Die Studentenproteste von 1968 in Jugoslawien

Politisches Aktionsprogramm
der Belgrader Studierenden 147
Aus dem Jahr 1968, Auszüge

Krunoslav Stojaković
Philosophie, Film, Theater, Literatur – der »kritische Intellektuelle«
in Jugoslawien und die Studentenbewegung 1968 149

Rumänien – der kurze Sommer der Autonomie

Richard Wagner
Als Ceauseşcu und ich 68er waren 164

1968 – Das unscheinbare Schlüsseljahr in der DDR

Marc-Dietrich Ohse
»Keinen Dubček, keinen Ulbricht« 170
1968 und die Jugend in der DDR

Briefe und Flugblätter zu 1968 in der DDR 179

Ute Kätzel
Geschlechterrolle und das 1968er Aufbegehren in der DDR 183

Wirtschaftsreformen in Osteuropa: Ziele und Grenzen

Jörg Roesler
Reaktionen der politischen Eliten der realsozialistischen Länder auf den »Prager Frühling« 196
Ein wirtschaftshistorischer Überblick

Stefan Bollinger
Sozialismusreformen zwischen Effizienz, Demokratisierung und Repression 208

Anmerkungen 214

Ausgewählte Literatur 255

Autorinnen und Autoren 256

Angelika Ebbinghaus

Das Jahr 1968 in Ost und West – Zu diesem Buch

I

1968 war ein Jahr voller dramatischer Ereignisse, politischer Hoffnungen und Enttäuschungen. Viele dieser Ereignisse wirkten weit über dieses Jahr hinaus. Am 30. Januar begann die Tet-Offensive, die – wenn auch nicht sofort – eine Wende im Vietnamkrieg brachte. Die Empörung über diesen ungleichen Krieg vereinte Menschen rund um den Globus und trug zum globalen Charakter der 68er-Protestbewegungen wesentlich bei. Für die USA war 1968 ein Krisenjahr: Das Ansehen der Weltmacht war in vielen Erdteilen ramponiert. Am 4. April wurde Martin Luther King ermordet. Die USA sahen sich mit Rassenunruhen und gewaltsamen Protesten in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß konfrontiert. Am 6. Juni erlag Robert F. Kennedy, der Präsidentschaftskandidat der Demokraten, ebenfalls einem Attentat. Die Weltmacht USA war innen- und außenpolitisch erschüttert. Die westeuropäischen Länder, Frankreich, Italien und die BRD, sahen sich mit rebellierenden Studierenden und Jugendlichen konfrontiert, die die Nachkriegsgesellschaften, ihre Eliten und ihre Werte, grundsätzlich infrage stellten. In Frankreich solidarisierten sich weite Teile der französischen Gesellschaft mit den Studierenden, die Gewerkschaften riefen sogar einen Generalstreik aus. Im Mai 1968 herrschte in Frankreich der Ausnahmezustand, es gab eine regelrechte Staatskrise. Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 kam es auch in der BRD zu heftigen Protesten, den so genannten Osterunruhen. Im Frühjahr 1968 war die Hälfte der 36 italienischen Universitäten besetzt. Gleichzeitig legten Streiks und Betriebsbesetzungen weite Teile der italienischen Industrie lahm.

Auch in Ostmitteleuropa hatten sich in diesem Jahr die politischen Ereignisse zugespitzt. Zwei große Themen bestimmten die dortigen politischen Debatten: Wie können die staatlichen Planwirtschaften effizienter und produktiver gestaltet werden? Zweitens wurde der Ruf nach mehr politischen Freiheiten – Presse-, Meinungs-, Reise- und Versammlungsfreiheit – immer lauter. In Polen, aber auch in Jugoslawien, das seinen eigenen sozialistischen Weg ging, rebellierten die Studierenden ebenfalls. Ähnlich wie im Westen reagierten die herrschenden Eliten unverhältnismäßig. Das Jahr 1968 ist in

Ostmitteleuropa jedoch vor allem mit den politischen und wirtschaftlichen Reformversuchen in der Tschechoslowakei verbunden, die als »Prager Frühling« in die Geschichte eingegangen sind. Die militärische Niederschlagung dieses Reformexperiments hatte immense politische Auswirkungen – weit über die ČSSR hinaus. Zumindest kurzfristig hatte es die Frage gegeben, wie die USA und die NATO auf die militärische Intervention reagieren würden. Aber die USA hatten bereits genug innen- und außenpolitische Probleme, als dass sie auch die noch so begrenzte Entspannungspolitik der UdSSR gegenüber gefährden konnten. Brežnev[1] hingegen rechtfertigte die militärische Intervention mit der Behauptung, dass sozialistische Staaten in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten des sozialistischen Blocks eingreifen dürften, wenn das gemeinsame politische System gefährdet sei. Diese »Brežnev-Doktrin« bedrohte zukünftig alle gesellschaftlichen Reformversuche in Ostmitteleuropa bis 1989.

Der Einmarsch in Prag hatte für die kommunistischen Parteien überall auf der Welt Folgen. Insbesondere die mitgliederstarken Parteien Italiens und Frankreichs verloren dramatisch an Glaubwürdigkeit. China, das seit drei Jahren unter den Auswüchsen und den Gewalttätigkeiten der Kulturrevolution litt, nahm offiziell lange Zeit überhaupt keine Kenntnis von den Ereignissen in der ČSSR, um sie dann später im Richtungsstreit mit der UdSSR ausschließlich zu instrumentalisieren. Hätten die politischen und wirtschaftlichen Reformen in der ČSSR eine Chance gehabt, wäre dieser Versuch eines freiheitlichen und egalitären sozialistischen Gesellschaftsentwurfs politisch folgenreich gewesen. Diese Chance war mit dem Einrücken der Panzer in Prag vertan. Der 21. August 1968 war der Anfang vom Ende des Kommunismus in Ostmitteleuropa.

II

Im Mittelpunkt dieses Buches steht das Jahr 1968 aus der Perspektive der Gesellschaften Ost-, Mittel- und Südosteuropas. Alle Beiträge beziehen sich auf das Schlüsselereignis dieses Jahres, den »Prager Frühling« und seine Niederschlagung. Stefan Karner schildert auf der Basis der Ergebnisse eines großen internationalen Forschungsprojekts und bislang nicht zugänglicher Quellen,[2] was die politische Attraktivität des »Prager Frühlings« in Ost und West ausmachte und warum diese Reformen von den sowjetischen Machthabern

[1] Wir haben durchgängig, auch bei bekannten Namen, die wissenschaftliche Umschrift verwandt, also Brežnev (Breschnew) oder Chruščev (Chrutschow).

[2] Siehe S. 28-44 in diesem Band.

nicht akzeptiert wurden.[3] Es waren vor allem zwei Ereignisse, die die Hardliner des Warschauer Pakts auf gar keinen Fall akzeptieren konnten: In ihrem Aktionsprogramm vom 5. April 1968 – Auszüge daraus haben wir abgedruckt[4] – verzichtete die KPČ[5] auf ihr Machtmonopol und sprach sich außer für Wirtschaftsreformen, größeren Föderalismus vor allem für allgemeine Menschenrechte wie Rede-, Reise- und Versammlungsfreiheit, die Freiheit von Wissenschaft, Kunst und Kultur, Medien und der Gründung von Vereinigungen aus. Das Manifest der »2000 Worte« des Schriftstellers Ludvík Vaculík, Auszüge daraus finden sich ebenfalls in diesem Buch,[6] brachte das Fass für die Sowjets dann endgültig zum Überlaufen. In diesen »2000 Worten«, in denen die Machtanmaßung der kommunistischen Partei beim Namen genannt wird, sah Brežnev einen Aufruf zur »Konterrevolution«: »Die Verflechtung der Partei mit dem Staat hat dazu geführt, dass sie den Vorteil des Abstandes von der verfassungsmäßigen Macht verloren hatte. Die Tätigkeit des Staates und der wirtschaftlichen Organisationen durfte nicht kritisiert werden. Das Parlament verlernte zu tagen, die Regierung zu regieren und die Direktoren zu dirigieren. Die Wahlen verloren ihren Sinn, die Gesetze verloren an Achtung. […] Daher hat die Mehrheit der Menschen das Interesse an der öffentlichen Sache verloren, sie kümmern sich nur mehr um sich selbst und um Geld […] Die Beziehungen zwischen den Menschen verdarben, die Freude an der Arbeit ging verloren, für das Volk sind Zeiten angebrochen, die die seelische Gesundheit des Volkes und seinen Charakter bedrohen.«[7]

Stefan Karner unterscheidet vier Phasen im Entscheidungsprozess des ZK der KPdSU, bis es schließlich zum militärischen Einmarsch in die ČSSR kam. Die erste Phase dauerte von der Ablösung Pavel Novotnýs als Erstem Sekretär der KPČ durch den slowakischen KP-Chef Alexander Dubček am 5. Januar 1968 bis zum Treffen der Warschauer-Pakt-Staaten am 23. März 1968. In

---

[3] Stefan Karner/Natalja Tomilina/Alexander Tschubarjan gem. mit Günter Bischof/Viktor Iščenko/Michail Prozumenščikov/Peter Ruggenthaler/Oldřich Tůma und Manfred Wilke (Hrsg.), Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. Bd. 1: Beiträge, Bd. 2: Dokumente. Böhlau: Wien-Köln 2008; Günter Bischof/Stefan Karner/Peter Ruggenthaler (Ed.), The Prague Spring. New Orleans 2008.

[4] Siehe S. 45-47.

[5] Die Abkürzung für Kommunistische Partei der Tschechoslowakei ist nicht durchgängig einheitlich. Im Text findet sich die aus dem Tschechischen abgeleitete Abkürzung KSČ (Komunistická strana Československa) wie die im Deutschen übliche Abkürzung KPČ.

[6] Siehe S. 48-50.

[7] Hier zit. nach: Nachrichten aus der ČSSR. Dokumentation der Wochenzeitung »Literární listy« des Tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes, Prag Februar-August 1968, hrsg. von Josef Škvorecký, Frankfurt/M. 1968, S. 171.

der zweiten Phase, von Ende März bis Ende Juni, wurde mittels politischen Drucks und militärischer Drohgebärden versucht, die KPČ von ihrem Reformkurs abzubringen. In der dritten Phase, Ende Juni bis Juli 1968, wurde die Drohkulisse weiter verschärft. Die letzte Phase begann am 17. Juli, als das Moskauer Politbüro die Entscheidung zur militärischen Intervention traf, und endete am 20. August um 22.00 Uhr, als sowjetische Luftlandetruppen in Prag landeten und wenige Stunden später Panzer und Truppen der Warschauer Pakt-Staaten Polen, Ungarn, Bulgarien und Sowjetunion in Bratislava und Prag einmarschierten. Aufgrund des neuen Quellenmaterials rückt Karner manche bisherige Annahme als historisch falsch zurecht: Die Rolle Dubčeks war beispielsweise politisch nicht so eindeutig wie häufig dargestellt, wohingegen die »Bruderstaaten« des Warschauer-Pakts einen größeren Einfluss auf den Entscheidungsprozess hatten als bisher angenommen, so insbesondere die Hardliner Walter Ulbricht (DDR), Władysław Gomułka (Polen) und Todor Živkov (Bulgarien), während der Ungar János Kádár eher zögerlich war. Dass die Volksarmee der DDR entgegen den Wünschen Ulbrichts nicht mitmarschieren durfte, ging letztlich auf die Intervention moskautreuer tschechoslowakischer Kommunisten zurück, die nicht zu Unrecht befürchteten, dass die tschechische und slowakische Bevölkerung aufgrund ihres historischen Traumas gegen deutsche Truppen aktiven Widerstand leisten würden.

Die Niederschlagung des »Prager Frühlings« geht uns Heutigen so leicht über die Lippen. Was diese politische Niederlage jedoch für die betroffenen Menschen bedeutete und wie einschneidend sie ihr Leben veränderte, zeigt Marketa Spiritova anhand von Gesprächen, die sie mit Intellektuellen geführt hat:[8] Sie bekamen Berufsverbot, manche Ehen hielten den Belastungen nicht stand und zerbrachen, politische Konflikte trennten Familien. Offiziell hieß diese Phase »Normalisierung«, der Lebensweg der betroffenen Menschen nahm nach diesem Einschnitt häufig einen ganz anderen Weg, als sie selbst geplant hatten, und war alles andere als normal.

III

Um die Entwicklungen, die zum »Prager Frühling« geführt haben, besser verstehen zu können, ist es sinnvoll, einen Blick auf die Geschichte der Wirtschaftsreformen Ostmitteleuropas in den 1960er Jahren zu werfen.[9] »Staats-

[8] Siehe S. 61-74 in diesem Band.

[9] Christoph Boyer (Hrsg.), Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich, Frankfurt/Main 2007 (Das Europa der Diktatur. Band 14); ders. (Hrsg.), Sozialistische Wirtschaftsreformen. Tschechoslowakei und DDR im Vergleich, Frankfurt/Main 2006 (Das Europa der Diktatur. Band 11).

sozialistische Systeme« waren nicht starre, »zu jeder Entwicklung unfähige Reiche des Bösen«, sondern sie hatten, so Christoph Boyer,[10] durchaus die Fähigkeit, inhärente Problemlagen zu erkennen und zu bearbeiten. Bei den Debatten über mögliche wirtschaftliche Reformmaßnahmen ging es um solche inhärenten Probleme des Staatssozialismus. Zumindest knapp sollen sie hier skizziert werden. Der klassisch-stalinistische Staatssozialismus lässt sich idealtypisch als Kombination von folgenden fünf Elementen begreifen:

1. Der Primat der Politik über Wirtschaft und Gesellschaft, durchgesetzt durch die kommunistische Partei und den von ihr kontrollierten Staats- und Regierungsapparat.

2. Die Dominanz staatlichen Eigentums, die Beseitigung autonomer Akteure auf dem Markt und die bürokratische Koordinierung der Wirtschaft durch zentrale Planung.

3. Die moralisch-emotionale Stimulierung zu Arbeitsleistungen durch Anreize außerhalb der Arbeitsmarktpolitik (z.B. die Mobilisierung von »Enthusiasmus« durch Kampagnen), aber auch die Erzwingung von Arbeitsleistungen durch Gewalt.

4. Eine forcierte industrielle Wachstumspolitik mit klarer Bevorzugung der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien.

5. Staatssozialistische Systeme neigen aufgrund ihres Außenhandelsmonopols zur Abschließung nach außen.

Die aus dem Primat der Politik herrührenden Kontrollansprüche waren in den Ländern des Ostblocks Postulat und Programm zugleich. Die Logik des Machterhalts erstickte jedwede Autonomie gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Subsysteme und Steuerungsmechanismen und führte letztlich zu Stagnation und Fehlentwicklungen.[11] Die wirtschaftlichen Reformmaßnahmen zielten deshalb auf »effizienz- und wachstumssteigernde Dezentralisierung, Flexibilisierung und Ökonomisierung der Lenkungs- und Anreizmechanismen« und wurden in vier unterschiedlich kombinierten Strategien umgesetzt:

1. Ausweitung des Privateigentums an den Produktionsmitteln;

2. Einbau von Marktelementen in das zentraladministrative Planungssystem;

3. die Ausweitung der Partizipationspotentiale in den Betrieben und der Gesellschaft insgesamt;

---

[10] Mit diesem schönen Satz leitet Christoph Boyer seine bemerkenswerten Studien ein. Ebenda, Zur Physiognomie, S. IX.

[11] Ebenda, S. XV, wobei sich Boyer an János Kornái, Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus, Baden-Baden 1995, anlehnt.

4. Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung. Alle diese Reformvorschläge fanden ihre Grenze jedoch am Primat der Politik, das heißt an der Vormachtstellung der kommunistischen Parteien und der von ihnen kontrollierten Staats- und Regierungsapparate.

Insgesamt gab es drei Phasen von Wirtschaftsreformen: Die erste Mitte der 1950er Jahre nach Stalins Tod, die zweite, die hier von Interesse ist, lässt sich von Mitte der 60er Jahre bis Anfang der 70er Jahre datieren; und die letzte Phase führte zur Transformation der staatssozialistischen Planwirtschaften in kapitalistische Marktwirtschaften – so Jörg Roesler in seinem Beitrag zu diesem Buch.[12] Anfang der 60er Jahre reagierten die kommunistischen Parteien und Regierungen auf die wachsenden Anzeichen wirtschaftlicher Stagnation zunehmend alarmiert. Sie sahen ihre Planvorgaben gefährdet, und die Aufholpläne gegenüber dem Westen, eine Art Staatsdoktrin, gerieten in immer weitere Ferne. Vor allem aber konnten die Wünsche der Bevölkerung nach einem besseren Lebensstandard immer weniger erfüllt werden, was wiederum politische Implikationen in sich barg. Die Parteieliten waren ratlos und befragten Fachleute, mit welchen Maßnahmen sich die wirtschaftliche Situation verbessern ließe. Da das extensive Wirtschaftswachstum aus verschiedenen Gründen an seine Grenzen gestoßen sei, müsse – so die Analysen – alles daran gesetzt werden, die Effizienz der Wirtschaft über die Einführung von Marktelementen und finanziellen Anreizen zu erhöhen. Diese Öffnungsschritte, die in der UdSSR mit den so genannten Liberman-Reformen begannen, wurden in allen Ländern Ostmitteleuropas diskutiert. Sie waren angesichts der bis dato geltenden Glaubenssätze einer staatlich gelenkten Planungswirtschaft enorm.[13] Stefan Bollinger pointiert die Problematik der Wirtschaftsreformen noch einmal vor dem Hintergrund der neuen Produktivkräfte, also der technischen, wissenschaftlichen und arbeitsorganisatorischen Neuerungen in der Produktion der 60er Jahre weltweit.

In der Sowjetunion wurden die ersten Wirtschaftsreformen von den Nachfolgern Nikita Chruščevs, dem Reformskeptiker Brežnew und dem Reformbefürworter Aleksej Kosygin im Januar 1966 eingeleitet. Zu diesem Zeitpunkt gingen die Wirtschaftsreformen in der DDR bereits in das zweite Jahr, während in Polen, Ungarn, Bulgarien und der ČSSR noch über die Reformen diskutiert wurde und nur wenige Experimente auf Betriebsebene stattfanden. In dieser Phase der »ökonomischen Entstalinisierung«, wie Roesler sagt, wurden die Wünsche nach politischer Demokratisierung und kultureller Liberalisierung, auf die die kommunistischen Parteien sich zumindest ein Stück weit

[12] Siehe S. 196-207.

[13] Ebenda, S. 198.

zu bewegen mussten, immer stärker. Dies lässt sich besonders gut am Beispiel Ungarns studieren.[14] Trotzdem war Jugoslawien 1965 das einzige Land, das aufgrund seiner politischen Sonderrolle eine Dezentralisierung der Wirtschaft mit einer Demokratisierung der Gesellschaft zu verbinden versuchte.[15] Allerdings blieb auch in Jugoslawien die Rolle der Partei unangetastet. Dies war einer der großen Unterschiede zur Entwicklung in der ČSSR, da im Aktionsprogramm der KPČ vom Januar 1968 ausdrücklich auf die Vormachtstellung der Partei verzichtet wird.

Die gewaltsame Beendigung des tschechoslowakischen Reformexperiments hatte für die Wirtschaftsreformen aller anderen Länder Ostmitteleuropas Folgen. Durch die Intervention in Prag sahen sich die Reformgegner bestätigt, da sie in den Reformen sowieso schon immer »konterrevolutionäre« Aktivitäten gesehen hatten, während die Befürworter noch mehr lavieren mussten. Die Verlangsamung, wenn nicht sogar die gänzliche Zurücknahme der Reformschritte, führte zu vermehrten Wirtschaftsproblemen, wobei der Umgang damit von Land zu Land verschieden war. Als beispielsweise Gomułka in Polen 1971 wieder an den Wirtschaftsreformen anknüpfen und die Preise für Konsumgüter den realen Marktpreisen anpassen wollte – die Preise sollten um 13 bis 38 Prozent erhöht werden –, antworteten die Arbeiter mit Empörung. Massenstreiks und Demonstrationen, die von den Ostseewerften ausgingen, führten nicht nur zu Gomułkas Sturz, sondern letztlich auch zur Bildung von Solidarność.

IV

Wie haben sich die Arbeiter und Arbeiterinnen zu den Wirtschaftsreformen verhalten? Peter Heumos untersucht diese spannende Frage am Beispiel der tschechoslowakischen Arbeiter.[16] Um ihre starke Stellung in den Betrieben zu erklären, geht er auf die unmittelbare Nachkriegszeit zurück. Die Betriebsräte, die gegen die Nazis gekämpft und sich im Untergrund organisiert hatten, hatten sich für eine Demokratisierung der Betriebe und egalitäre Bezahlungen stark gemacht. Obwohl die KPČ wiederholt versucht hatte, den politischen Einfluss der Betriebsräte zurückzudrängen, verfügten sie noch in den 60er Jahren über eine reale Macht in den Betrieben. Sie bestimmten, wie und wie schnell gearbeitet wurde, und setzten sich gegen Akkordarbeit und

[14] Siehe dazu in diesem Band Árpád von Klimó, S. 108-120, und Hannes Lachmann, S. 121-131.

[15] Zoran Pokrovac, Sozialistische Reformen am Fall »Jugoslawiens« und sozialsitische Konstruktion der Wirklichkeit, in Christoph Boyer (Hrsg.), Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen (wie Anm. 9), S. 123-137; siehe auch Boris Kanzleiter in diesem Band, S. 134-146.

[16] Siehe Peter Heumos, S. 51-60 in diesem Band.

Lohndifferenzierungen zur Wehr. Nicht nur in der ČSSR, sondern auch in der DDR, Sowjetunion und anderen staatssozialistischen Ländern Ostmittel- und Südosteuropas kann man auf dieser Betriebsebene von einer realen Macht der Arbeiter sprechen, die den kommunistischen Parteien den gegenläufigen ideologischen Parolen zum Trotz ein Dorn im Auge war. Den Wirtschaftsreformen gegenüber, die unter anderem auf Produktivitätssteigerungen mittels Lohnanreizen setzten, waren die Arbeiter – nicht nur der ČSSR – skeptisch bis ablehnend eingestellt, wohingegen sie die politischen Reformen und mehr Demokratie bejahten.

Auch die Märzereignisse 1968 in Polen basierten auf einer Tradition des Widerstands gegen das kommunistische System. Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre gründeten Studierende und Intellektuelle, darunter Jacek Kuroń, Karol Modzelewski und Adam Michnik, Diskussionsclubs und Zeitschriften, um aus der geistigen und politischen Enge auszubrechen. Sie wurden allerdings bald immer wieder verboten. 1964 verfassten Jacek Kuroń und Karol Modzelewski einen *Offenen Brief an die Vereinigte Polnische Arbeiterpartei*.[17] Sie prangerten die Herrschaft der Nomenklatura über die Arbeiter an und setzten sich für demokratische Reformen ein. Diese Kritik brachte ihnen den Verlust ihrer Assistentenstellen und eine dreijährige Gefängnisstrafe ein. Bereits im Frühjahr 1968 kursierte diese Schrift in der undogmatischen Linken der BRD und wurde als Alternative zum bürokratischen Sozialismus studiert. Für Stefan Garsztecki ist der Ausgang der Märzereignisse der Beginn der Suche nach neuen politischen Bündnissen in Polen, die zu 1970, 1976 und schließlich zu 1980 geführt haben.[18] Der Anlass der Märzproteste war die geplante Absetzung des Theaterstücks »Totenfeier« von Adam Mickiewicz. Polizei und Arbeitermilizen gingen mit ungewöhnlicher Härte gegen die Protestierenden vor und die Regierung versuchte mit einer infamen antisemitischen Kampagne, die Studenten zu isolieren.[19]

[17] Offener Brief, siehe S. 84f. in diesem Band. Auf Deutsch herausgegeben von Karl Heinz Roth und Giovanni Zamboni, Hamburg 1968, in der Reihe: Theorie und Praxis der Revolution Bd. 1.

[18] Siehe Stefan Garsztecki in diesem Band, S. 94-106.

[19] Adam Michnik, einer der Exponenten des März 1968, erinnert eine Anekdote, die damals die Runde machte und bei aller Ironie die angespannte Atmosphäre der damaligen Zeit erahnen lässt: Brežnev habe den polnischen Innenminister Moczar, einen rigiden National-Bolschewisten und Antisemiten, angerufen und gefragt, was die Demonstrationen in Polen zu bedeuten hätten. Darauf Moczar: »Naja. Man hat bei uns ein Stück von Mickiewicz abgesetzt.« »Könnt ihr diesen Mickiewicz nicht verhaften?« »Aber, Herr Genosse Breznev, Mickiewicz lebt nicht mehr!« »Und deshalb mag ich Dich, Genosse Moczar!« Hier zit. nach: Von ’68 nach ’89. Jiří Dienstbier, Jiří Grusa, Lionel

Der Antisemitismus hat in Polen eine lange, unrühmliche Tradition. Karol Sauerland zeigt, wie im Polen der 60er Jahre zusammen mit dem erstarkenden Nationalismus auch der Antisemitismus, der 1968 einen neuen traurigen Höhepunkt fand, wieder anwuchs.[20] Ungefähr 15.000 Menschen verließen gezwungenermaßen das Land, viele verloren ihren Arbeitsplatz und die Exponenten der Märzereignisse erhielten Gefängnisstrafen. Waren die Studenten und Intellektuellen vor 1968 in die Kommunistische Partei Polens eingetreten, um das politische System von innen zu demokratisieren, sahen sie eine politische Perspektive für sich nach 1968 nur noch außerhalb der Partei.

V

Im Konzert der Reformdebatten spielte Ungarn eine Sonderrolle. Das Ungarn der 60er Jahre war geprägt von politischen Öffnungen, aber auch immer wieder von neuen Grenzziehungen, die Árpád von Klimó beschreibt.[21] Im Mittelpunkt standen die Wirtschaftsreformen, die von einer breiten Palette politischer, administrativer, sozialer und kulturpolitischer Reformen flankiert waren. Nachdem das stalinistische Modell im Aufstand des Herbstes 1956 völlig diskreditiert worden war, trugen diese Öffnungen zwar den Freiheitsbedürfnissen der Bevölkerung Rechnung, gleichzeitig jedoch stabilisierten sie das System. Diese zurückhaltenden und halbherzigen Reformen – so Hannes Lachmann – sind für die ungarische Situation charakteristisch und führten verglichen mit den anderen staatssozialistischen Ländern Ostmittel- und Südosteuropas zu einem gewissen wirtschaftlichem Wohlstand. Von diesem »Gulasch«- oder »Kühlschrankkommunismus« profitierte die Bevölkerung und arrangierte sich ein Stück weit mit dem System. Der ungarische KP-Chef János Kádár sympathisierte anfangs zwar mit den tschechoslowakischen Reformen, aber er stand auch in engem Kontakt mit Moskau und informierte Brežnev über die Entwicklungen in Prag. Schließlich beteiligte sich Ungarn mit circa 20.000 Soldaten an der Intervention. Die Proteste gegen die militärische Intervention blieben im Großen und Ganzen auf kleine studentische und intellektuelle Kreise, die sich der neuen Linken und der »Budapester Schule« zurechnen lassen, beschränkt.

Die Partei schwankte gegenüber der Jugend zwischen einer Politik der Zugeständnisse und Repression. So wurde einerseits den Wünschen nach west-

---

Jospin, Adam Michnik, Oskar Negt und Friedrich Schorlemmer im Gespräch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2008, S. 33f.

[20] Siehe Karol Sauerland, S. 86-93 in diesem Band; ders., Polen und Juden zwischen 1939 und 1968. Jedwabne und die Folgen, Berlin/Wien 2004.

[21] Árpád von Klimó, S. 108-120.

licher Jugendkultur, wie Beatmusik und Mode, ein Stück weit Rechnung getragen, andererseits durfte das Äußere (Haartracht, Kleidung etc.) einen bestimmten Rahmen nicht überschreiten, sonst machten sich die Jugendlichen verdächtig, wurden als Hooligans diffamiert und auch verfolgt. Die katholische Kirche stand in Opposition zum System und die katholischen Jugendgruppen waren deshalb von vorneherein politisch suspekt. Sie hatten ihre eigenen sozialen Netzwerke und nicht selten illegale Strukturen, in denen sie sich vom Staat und insgesamt von der Erwachsenenwelt abgrenzten. Mit den westlichen Jugendlichen verband sie eine Dritte-Welt-Orientierung und eine kapitalismuskritische Einstellung. Sie waren konsumkritisch eingestellt, antiautoritär und antibürokratisch. Árpád von Klimó sieht in ihnen die Keimzellen für die späteren Menschenrechts- und Umweltbewegungen in Ungarn.[22]

VI

Die Situation in Jugoslawien unterschied sich von den anderen Ostblockländern. Nach seiner Loslösung von Moskau hatte der Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) unter Führung Titos begonnen, die stalinistische Planwirtschaft durch ein Modell der Arbeiterselbstverwaltung zu ersetzen. Auch außenpolitisch suchte Jugoslawien eigene Wege zu gehen und initiierte die Bewegung der Blockfreien mit. Die jugoslawische Wirklichkeit war jedoch ernüchternd: Privilegienwirtschaft und Korruption waren verbreitet, die Lohndifferenzen zum Teil erheblich und es gab große regionale Unterschiede im Einkommensgefälle und der politischen Teilhabe.

Die Studentenproteste in Jugoslawien entzündeten sich nach einem Rockkonzert am 2. Juni 1968. Die unverhältnismäßige Reaktion der Polizei tat das Ihrige hinzu, dass die Proteste sich rasch ausweiteten. Die Forderung der jugoslawischen Studenten lautete: »Wir haben kein eigenes Programm. Unser Programm ist das Programm der fortschrittlichen Kräfte unserer Gesellschaft – das Programm des BdKJ und unsere Verfassung«.[23] Darin unterschieden sie sich – trotz vieler sonstiger Gemeinsamkeiten – von den westlichen Protestbewegungen. Boris Kanzleiter nennt ihren Protest deshalb affirmativ. Der Staat reagierte dennoch wie in allen anderen Ländern, gleich ob in West oder Ost, ausschließlich mit Repressionen, obwohl die Studierenden sich politisch an der Verfassung und dem Parteiprogramm des BdKJ orientierten.

Intellektuelle spielten in Ost- und Westeuropa bei den Protesten eine zentrale Rolle. Sie waren die Stichpunktgeber und insbesondere in Osteuropa diejenigen, die den Wunsch nach Rede-, Presse- und Meinungsfreiheit am klars-

[22] Ebenda, S. 108.
[23] Siehe Boris Kanzleiter, S. 140 in diesem Band.

ten artikulierten. Krunoslav Stojaković untersucht die Rolle der sich politisch verstehenden Intellektuellen im Jugoslawien der 60er Jahre. Im Mittelpunkt steht eine Philosophengruppe, die die auch im Westen rezipierte Zeitschrift Praxis herausgab und zu einer jährlichen Sommerschule auf die kroatische Insel Korčula einlud, zu der in Ost und West international bekannte Intellektuelle kamen. Früh formulierte dieser Kreis Kritik am dogmatischen philosophischen Materialismus sowjetischer Prägung und setzte sich mit der Problematik der Entfremdung im Kapitalismus wie im Staatssozialismus auseinander. Die Zeitschrift Praxis und die Treffen in Korčula stehen paradigmatisch für die Verbindung von Debatten in Ost und West, die nach gesellschaftlichen Alternativen jenseits von Kapitalismus und einem bürokratischen wie unfreien Sozialismus suchten. Schriftsteller kritisierten den »sozialistischen Realismus« und maßen, ähnlich wie zu dieser Zeit auch im Westen, den Wert von Literatur an seiner gesellschaftspolitischen Relevanz. Ähnlich verhielt es sich mit dem neuen jugoslawischen Film. Die Intellektuellen in Literatur, Film und Theater kritisierten zwar die Wirklichkeit Jugoslawiens, aber sie wollten den Sozialismus nicht abschaffen, sondern den »Selbstverwaltungssozialismus« verbessern und mit demokratischem Leben erfüllen.

Neben Tito war Ceauşescu der einzige kommunistische Parteichef des Ostblocks, der die militärische Intervention in Prag ablehnte und dies auch offen vor einer großen versammelten Menge in Bukarest kundtat. Nachdem Ceauşescu 1965 die Regierung übernommen hatte, gab es insbesondere für die Jugend mehr Freiheiten: So war es erlaubt, Popmusik zu hören, und der weltweit typische Habitus der Jugend – Jeans und lange Haare – wurde zumindest nicht sanktioniert. Die Kritik an der Intervention in Prag und Bratislava brachte Ceauşescu viel Sympathie bei der rumänischen Bevölkerung ein, von der er viele Jahre politisch zehren konnte. Richard Wagner erzählt eine kleine Geschichte, die das Jahr 1968 in Rumänien, in seinem Fall im Banat, treffend und humorvoll zugleich beschreibt.[24] Er und seine Freunde hätten damals Jeans und lange Haare getragen, ihre Familien hätten sie aber lieber in der Tracht der Banater Schwaben gesehen. Sie hätten die Erwachsenen als Nazis bezeichnet, die erwidert hätten: »Das hat auch Stalin gesagt. Wir sind für Ceauşescu, sagten wir, und sie sagten: Dann geht doch zum Dorfpolizisten. Der ist nicht Ceauşescu, sagten wir. Und sie: Wir werden ja sehen.«

[24] Siehe Richard Wagner, S. 166 in diesem Band.

VII

In Bulgarien und der Sowjetunion fand »1968« nicht statt. Auch Bulgarien hatte Wirtschaftsreformen eingeleitet, die den Betrieben mehr wirtschaftliche Eigeninitiative und finanzpolitischen Gestaltungsrahmen gaben und durchaus erfolgreich waren. Es wurden mehr Konsumgüter, zum Teil aus dem Westen, angeboten, was insgesamt zu einer gewissen Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem politischen System führte. Im Gegensatz zu Ungarn oder der ČSSR war nicht viel von der westlichen, weltweiten Protestkultur durch den »Eisernen Vorhang« nach Sofia durchgedrungen. Dies änderte sich ein wenig mit den IX. Weltjugendfestspielen, die im August 1968 in Sofia stattfanden. Die Jugendlichen, die aus der ČSSR, Jugoslawien oder auch der Bundesrepublik nach Sofia kamen, ließen sich allen Bemühungen bulgarischer Parteifunktionäre und Geheimdienstler zum Trotz nicht vollständig kontrollieren: Sei es, dass sie Plakate von in Bulgarien verfemten Heroen des Weltkommunismus wie Trotzki oder Mao mit sich führten, in Dubček-Rufe ausbrachen oder direkt vor der amerikanischen Botschaft gegen den Krieg in Vietnam protestieren wollten. Kaum waren die Weltjugendspiele zu Ende gegangen und der Alltag war in Sofia wieder eingekehrt, da hallte es auch durch Sofia: »Die Truppen des Warschauer Paktes marschieren in Prag ein!« Das Echo vom Ende des ›Prager Frühlings‹ erreichte Bulgarien über Umwege – aus Moskau. ›Keine Experimente mehr! Schluss mit jeglichen Reformversuchen ohne Anweisung aus Moskau!‹ Die Furcht erregende Breschnew-Doktrin von der ›beschränkten Souveränität‹ der verbrüderten sozialistischen Länder verabschiedete auch die neue bulgarische Wirtschaftspolitik ins Jenseits.«[25]

Die Studenten der Staatlichen Moskauer Universität interessierten sich wenig für die westlichen Protestbewegungen, wie sich der Schriftsteller Viktor Jerofejew erinnert,[26] der mit dem Pariser Mai wie dem »Prager Frühling« gleichermaßen sympathisiert hat. Die sowjetischen Intellektuellen hätten wenig Verständnis für die westlichen Protestbewegungen gezeigt, aber durchaus Sympathien für den »Prager Frühling«. Dennoch fand sich nach dem 21. August nur eine kleine Gruppe auf dem Roten Platz ein, um gegen die Intervention in Prag zu protestieren. Sie wurden verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt, manche von ihnen verschwanden für lange Zeit in psychiatrischen Anstalten und in Verbannungsorten. »Die Demonstration vom 25. August

---

[25] Alexander Vladkov, Das Ende des Experiments, in: Goethe-Institut 1968 – Die globale Revolte – Osteuropa – Bulgarien http://www.goethe.de/ges/ztg/prj/akt/wit/oeu/bul/de2976059.htm

[26] Viktor Jerofejew, Ein Appell an Freiheit und Gerechtigkeit, in:Goethe-Institut 1968 – Die globale Revolte – Osteuropa – Russland http://www.goethe.de/ges/ztg/prj/akt/wit/oeu/rus/de3042651.htm

1968 auf dem Roten Platz gilt bis heute unter den ehemaligen Dissidenten als ein Schlüsselmoment der Dissidentenbewegung und wird oft als Rettung der Ehre des sowjetischen Volkes gesehen.«[27] Auch wenn nur ein paar Wenige auf dem Roten Platz in Moskau gegen den Einmarsch in Prag protestierten, war dies der Anfang der Dissidentenbewegung in der Sowjetunion. Ohne Prag hätte es keine Perestroika gegeben, meint Jerofejew.

VIII

Nach der Einschließung der DDR-Gesellschaft durch den Mauerbau vom August 1961 sollten die Wirtschaftsreformen, ähnlich wie in anderen Ländern Osteuropas, die wirtschaftliche Lage der Menschen verbessern helfen und sie mit dem Regime versöhnen. Der partielle wirtschaftliche Aufschwung wurde in Form von Konsumgütern und einer verkürzten Arbeitszeit an die arbeitende Bevölkerung zurückgegeben. Hinzu kamen Reformen im Bereich des Rechts, der Kultur, des Schul- und des Hochschulwesens. Diese Reformen waren, wie Marc-Dietrich Ohse betont, ambivalent.[28] Neben der Gewährung mancher Spielräume für den Einzelnen stand immer die Erziehung zur »sozialistischen Menschengemeinschaft« im Mittelpunkt der Reformen, und Abweichungen wurden sanktioniert. Ein besonders krasses Beispiel für diese Politik war das so genannte Kahlschlag-Plenum des SED-Zentralkomitees vom Dezember 1965. Bis dahin waren der DDR-Jugend gewisse Zugeständnisse gemacht worden. Ihre Musikwünsche, Pop- und Rockmusik, und ihr äußerer Habitus, das Tragen von Jeans und langen Haaren, wurden nach dem Motto »Welchen Takt die Jugend wählt, ist ihr überlassen« toleriert. Nach dem Dezemberplenum aber hieß es, die Beat-Rhythmen putschten die Jugendlichen zu Exzessen auf. Jugendliche mit langen Haaren und Jeans wurden zu »Gammlern« stigmatisiert und gerieten ins Fadenkreuz polizeilicher Maßnahmen.

Inzwischen ist bekannt, dass die Proteste in der DDR gegen die militärische Intervention viel breiter waren als bisher angenommen. In einem abschließenden Bericht des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) vom 2. Dezember 1968 heißt es: »Insgesamt wurden vom 21.8.1968 bis 30.11.1968 von den Rechtsorganen der DDR wegen Straftaten im Zusammenhang mit den Maßnahmen der verbündeten sozialistischen Staaten zur Sicherung der sozialistischen Ordnung in der ČSSR gegen 1.290 Personen Ermittlungsverfahren eingeleitet.«[29] Gegen 506 der Beschuldigten ermittelte das MfS, gegen weitere 784

---

[27] Markus Holler, »Für eure Freiheit und unsere!« Die Demonstration sowjetischer Dissidenten auf dem Roten Platz, in: Stefan Karner u.a., Prager Frühling (wie Anm. 4), S. 867.

[28] Marc-Dietrich Ohse, S. 171 in diesem Band.

[29] Stefan Wolle, Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968, Berlin 2008, S. 160.

die Deutsche Volkspolizei, die Transportpolizei und der Militärstaatsanwalt. Nicht alle Protestaktionen konnten aufgeklärt werden. So gab es am 24. September 1968 nicht weniger als 1.407 unaufgeklärte Fälle.[30] Auch wenn diese Proteste keine größere öffentliche Resonanz fanden, weil die Flugblätter sofort eingesammelt und die Parolen auf Häuserwänden umgehend übermalt wurden, so waren sie doch von einem beträchtlichen Ausmaß. Interessant ist, dass die Mehrheit der Proteste auf Lehrlinge und junge Arbeiter und nicht auf Studierende oder Angehörige der Intelligenz zurückging.[31]

Nach dem 21. August wurde auch eine Gruppe Jugendlicher verhaftet, die aus Familien prominenter Intellektueller und hoher Staatsfunktionäre kamen. Dies löste Unverständnis und Verwirrung bei der SED-Führung, aber auch hämische Freude aus.[32] Ute Kätzel hat die Frauen aus dieser Gruppe interviewt, die die 68er-Bewegungen im Westen sehr genau wahrgenommen und sich mit ihren Botschaften identifiziert haben.[33] Sie hatten eine Kommune gegründet und ähnlich wie im Westen neue Lebensformen ausprobiert. Nach ihren Protesten gegen die militärische Intervention in Prag wurden sie verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Auch wenn sie vorzeitig aus der Haft entlassen wurden, hatten sie ihre Studienplätze verloren, und ihr Leben hatte aufgrund dieser letztlich geringfügigen Protestaktionen einen für sie folgenreichen Knick bekommen.

IX

Die beiden herausragenden Ereignisse des an Protesten nicht armen Jahrs 1968 waren der »Prager Frühling« und der »Pariser Mai«. Gibt es über die Gleichzeitigkeit hinaus, die – will man sie nicht unter den Faktor des Zufalls in der Geschichte subsumieren – nach Erklärungen verlangt,[34] Gemeinsamkeiten zwischen den Protestbewegungen in Ost und West? Oder überwiegt aufgrund der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme das Trennende?

Die Ereignisse des Jahrs 1968 in Ostmitteleuropa hatten ihre Ursprünge in der Kritik am Stalinismus, der politischen Verfolgung und Repression, den Defiziten an individuellen Freiheiten und Menschenrechten und den konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen in den staatsozialistischen Ländern. Es war

[30] Ebenda. S. 164. Auch wenn einige Fälle später noch aufgeklärt werden konnten, so ist die Dunkelziffer doch erheblich.

[31] Bernd Gehrke, Die 68er-Proteste in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 14-15/2008.

[32] Stefan Wolle (wie Anm. 29), S. 171.

[33] Ute Kätzel, S. 183-194 in diesem Band.

[34] Angelika Ebbinghaus, Einleitung, in: dies. (Hrsg.) unter Mitarbeit von Max Henninger: Die 68er. Schlüsseltexte der globalen Revolte, Wien 2008, S. 9-12.

vor allem der Gegensatz zwischen sozialistischem Anspruch und realsozialistischer Wirklichkeit, der die 68er-Bewegungen Ostmitteleuropas antrieb, denn die realen Verhältnisse wichen allzu sehr von den ideologischen Verheißungen ab. Interessant ist, dass den westlichen 68er-Bewegungen die Formierung einer »neuen Linken« in den USA und Westeuropa vorausgegangen war. Diese »neue Linke« im Westen war ebenfalls in der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und den konkreten Verhältnissen in den staatssozialistischen Ländern entstanden.

Die neue Linke im Westen suchte nach sozialistischen Gesellschaftsentwürfen jenseits des sowjetischen Modells,[35] während die oppositionellen Strömungen in Ostmitteleuropa den realen Sozialismus reformieren wollten. Die Träger der 68er-Protestbewegungen in West und Ost waren mehrheitlich junge Erwachsene, Studierende, junge Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte. Sie hatten die Schrecken des Zweiten Weltkriegs und die des realen Kommunismus, wie Adam Michnik sagt, nicht mehr persönlich erlebt. Trotz der unterschiedlichen gesellschaftlichen Systeme, in denen sie lebten, verband sie ein Stück weit ein gemeinsames Lebensgefühl, das sich in der Vorliebe für die gleiche Musik und einen ähnlichen äußeren Habitus ausdrückte. Auch ähnliche Protestformen des zivilen Ungehorsams finden sich in West und Ost. Themen, die für die neue Linke wichtig waren, wurden auch in Oppositionskreisen der osteuropäischen Länder diskutiert und umgekehrt: Zu ihnen gehörten Fragen der Wirtschaftsdemokratie und der Arbeiterselbstverwaltung, die Relevanz des Marxismus, das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse und ein demokratischer Sozialismus.

Die Studentenbewegung in Jugoslawien integrierte auf besondere Weise Elemente des Protestes der sozialistischen wie kapitalistischen Länder.[36] Die internationalen Treffen auf der kroatischen Insel Korčula stehen geradezu sinnbildlich für den intellektuellen Austausch zwischen Ost und West.[37] Auch bei oppositionellen katholischen Jugendgruppen in Ungarn konnte man ähnliche Einstellungen wie bei westlichen Jugendlichen finden: Sie waren pazifistisch, anarchisch-egalitär, kapitalismus- und kulturkritisch. Nur war es für diese Jugendlichen viel schwerer als im Westen, ihre Überzeugung zu leben.[38] Zum Abschluss noch ein ganz anderes Beispiel: Peter Heumos vergleicht den Kampf der Turiner Arbeiter für eine egalitäre Lohnpolitik mit den Vorbehal-

---

[35] Wobei ich die Gruppen, die sich politisch an der DDR ausrichteten, und die 1969 entstehenden autoritären, neokommunistischen Gruppierungen verschiedenster Couleur ausnehme, da sie sich an den politischen Vorstellungen der alten Linken orientierten.

[36] Siehe Boris Kanzleiter, S. 134 in diesem Band.

[37] Krunoslav Stojaković, S. 151 in diesem Band.

[38] Árpád von Klimo, S. 120 in diesem Band.

ten, die die tschechischen und slowakischen Arbeiter gegen die Wirtschaftsreformen hatten.[39]

Adam Michnik sieht trotz dieser Gemeinsamkeiten gravierende Unterschiede zwischen Ost und West: »Ja, für meine Altersgenossen im Westen war der Hauptbezugspunkt der Vietnamkrieg. Für uns war es die Tschechoslowakei. Das ist ein prinzipieller Unterschied. Wir haben für die Freiheit gekämpft. Die Studenten im Westen hingegen kämpften gegen den Kapitalismus. Wir waren damals in Polen keineswegs für den Kapitalismus. Unsere Parolen waren ebenfalls links, aber wir kämpften vor allem für die Freiheit. Im Westen hingegen war die Ikone Che Guevara. Dort gab es Maoisten, Trotzkisten. Die westdeutschen Studenten kämpften gegen Reza Pahlewi, aber nicht gegen Walter Ulbricht. Die DDR-Diktatur war kein Feind. Der Unterschied war also ein prinzipieller. Für uns waren die Hauptfeinde die in Warschau und Moskau regierenden Kommunisten, nicht aber die USA und deren Krieg gegen Vietnam.«[40] Ihn habe vor allem bei den West-68ern die fehlende Sensibilität für die Prozesse der Demokratisierung in Mittel- und Osteuropa geschmerzt. Der polnische Historiker Jerzy Eisler kommt zu der Einschätzung, dass keine der 68er Bewegungen, mit Ausnahme der Tschechoslowakei, trotz der häufigen Bezugnahme auf den französischen Mai, mit Polen verglichen werden könne. »Trotz der Ähnlichkeiten der Protestformen sollten die grundsätzlichen Unterschiede nicht übersehen werden. In Polen und der Tschechoslowakei kämpften die Studenten um elementare bürgerliche Rechte, die die Studenten im Westen bereits besaßen.«[41] Die Oppositionellen in Mittelosteuropa verstanden manchmal die West-68er nicht. Ihnen war es fremd, dass bei Demonstrationen im Westen Plakate mit Ho Chi Minh, Mao Zedong oder Che Guevera mitgetragen wurden. Auch wunderten sie sich manchmal über ihre politische Diktion.[42] Dennoch gab es Kontakte und Freundschaften zwischen Oppositionellen in Ost und West, denn sie hatten ein großes gemeinsames Ziel, sie wollten die Welt zum Besseren verändern. Während im Osten viel von Internationalismus die Rede war, hätten die dortigen Intellektuellen ihren eigenen Internationalismus aufgebaut, betont Adam Michnik. »Wir alle wollten diese Welt nicht. Unser Protest war der Protest gegen die blockierte

[39] Peter Heumos, S. 58f. in diesem Band.

[40] Adam Michnik, in: Von ’68 nach ’89 (wie Anm. 19). Siehe auch Adam Michnik, S. 62 in diesem Band.

[41] Zit. n. Stefan Garsztecki, S. 105 in diesem Band.

[42] Rudi Dutschke habe bei seinem Besuch im April 1968 in Prag das Publikum ohne Unterlass mit Begriff wie Reproduktion, Zirkulation, Manipulation, Transformation, Konterrevolution usw. traktiert. Hier zit. n. Jacques Rupnik, Zweierlei Frühling, in: die tageszeitung vom 18.7.2008.

Gesellschaft. Diese Blockade war überall anders: in West- oder Osteuropa, in Amerika oder in Mexiko oder in Spanien, wo die Diktatur herrschte.«[43]

Das Jahr 1968 in Osteuropa hat gezeigt, dass der Kommunismus unfähig war, sich zu reformieren, und der Pariser Mai hat eine massive Infragestellung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse mit sich gebracht: Hinterfragt wurde die autoritäre staatliche Macht, die paternalistische Macht der Unternehmen, die bürokratische Macht der Verwaltungsinstanzen, die Macht in den Universitäten, die patriarchalische Macht in den Familien und Geschlechterbeziehungen.[44] Das Verbindende zwischen West und Ost war das gemeinsame Bestreben, Freiheit herzustellen und demokratische Forderungen durchzusetzen. Es ging um nichts Geringeres als um eine bessere Welt. »Es ging um die Freiheit der Unterdrückten, um die gesellschaftliche Teilhabe aller, um ein Mehr an Demokratie. Es ging, um es in den eindrücklichen Begriffen der Antiautoritären zu sagen, um Emanzipation, um Partizipation und um Transparenz.«[45]

Wie heute – in West oder Ost – auf das Jahr 1968 geblickt wird, hat viel mit der eigenen Perspektive und damit zu tun, wie man heute auf den Zustand der Welt blickt. Westliche Autoren blicken häufig aus der Perspektive der 68er-Bewegung-West auf das Jahr 1968, während die Tschechen und Slowaken auf 1968 meist aus der Perspektive der Tragödie schauen. Im Gegensatz zum Westen wird in Tschechien heute kaum über den »Prager Frühling« gesprochen. Petr Uhl, der für sein damaliges Engagement für mehrere Jahre ins Gefängnis musste, erklärt dies damit, dass im heutigen Tschechien die Jahre zwischen 1948 und 1989 zu einer einzigen schwarzen, totalitären Epoche homogenisiert werden.[46]

Wurde in Prag die Hoffnung auf einen freiheitlichen und egalitären Sozialismus zu Grabe getragen? »Oder hat gerade die Militärintervention der Staaten des Warschauer Paktes den demokratischen Sozialismus vor einem tragischen Scheitern an den inneren Widersprüchen bewahrt? Scheiterte mit dem Prager Frühling auch im Westen die Linksbewegung, die sich seit dem Herbst 1968 zunehmend aufsplitterte und radikalisierte?«[47] Oder aber ist Jacques Rupnik zuzustimmen, dass im Kontext der Globalisierung und einer Krise der demokratischen Repräsentation Fragen, wie sie 1968 in Ostmitteleuropa diskutiert wurden, wieder an Aktualität gewinnen?[48]

---

[43] Adam Michnik, in: Von ’68 nach ’89 (wie Anm. 19), S. 33.
[44] Lionel Jospin, ebenda, S. 35
[45] Norbert Frei, 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München 2008, S. 216.
[46] Petr Uhl, »Europa war plötzlich das unsere«, in: die Tageszeitung vom 3.5.2008.
[47] Stefan Wolle (wie Anm. 29), S. 13f.
[48] Jacques Rupnik, Zweierlei Frühling (wie Anm. 42).

X

Dieses Buch geht auf die Tagung »Das Jahr 1968 aus der Perspektive der Gesellschaften Mittel-, Ost- und Südosteuropas« zurück, die die Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts im Februar 2008 in Bremen veranstaltet hat. Nicht alle, die zum Gelingen dieser Tagung beigetragen haben, sind in diesem Buch vertreten. Wir hatten uns entschieden, das Buch auf jeden Fall noch zum 21. August 2008, also dem Tag, an dem sich die militärische Niederschlagung des Prager Reformexperiments zum 40. Mal jährt, herauszubringen. Jeder, der weiß, welche lange Geschichte Tagungsbände zumeist haben, kann nachvollziehen, dass die Realisierung in nur wenigen Monaten extrem kurz war und diese engen Zeitvorgaben nicht von allen eingehalten werden konnten. Ich möchte mich hier noch einmal bei Jan Pauer, Andrea Genest, Florian Havemann und Bernd Gehrke sowie bei den Moderatoren Feliks Tych, Thomas Klein und Renate Hürtgen für die Teilnahme an der Tagung bedanken.

Mein Dank gilt auch den studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stiftung für Sozialgeschichte für die Unterstützung des Projekts und ganz besonders Thomas Bindl, der die Tagung organisiert hat. Die Tagung und das vorliegende Buch sind Teil des international vergleichenden Forschungsprojekts »1968 und die Folgen« der Stiftung für Sozialgeschichte, das die Kuratorin unserer Stiftung Herma Römer finanziell unterstützt hat und durch die Omina Stiftung Freundeshilfe gefördert wird.

Mein besonderer Dank geht an die Rosa-Luxemburg Stiftung, die die Tagung mit finanziert und die Realisierung dieses Buchs mit einem Druckkostenzuschuss ermöglicht hat.

Schließlich möchte ich Max Henninger und vor allem Karl Heinz Roth für die vielen anregenden Gespräche danken.

Mein letztes Dankeschön geht an den VSA-Verlag, an Marion Fisch und vor allem Christoph Lieber, der mir immer ein kompetenter und hilfreicher Gesprächspartner war.

Bremen, im Juli 2008 Angelika Ebbinghaus

Autorinnen und Autoren

Stefan Bollinger Dr. sc. phil., Politikwissenschaftler, zurzeit Dozent in der Erwachsenenbildung und Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin, Mitglied der Leibniz-Sozietät und der Historischen Kommission der Partei Die.Linke, Veröffentlichungen zur Geschichte der DDR.

Angelika Ebbinghaus Dr. phil., Dipl. Psych., Historikerin und Psychologische Psychotherapeutin, Vorsitzende der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Publikationen zur Frauen-, NS- und Medizingeschichte.

Stefan Garsztecki Dr. phil., Akademischer Rat und Geschäftsführer am Seminar für Ost- und Mitteleuropäische Studien, Studiengang Integrierte Europastudien an der Universität Bremen, Publikationen zur Geschichte Polens.

Peter Heumos Dr. phil., Historiker, langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bochum und am Collegium Carolinum in München, zahlreiche Publikationen zur Geschichte der Tschechoslowakei und Ostmitteleuropas.

Ute Kätzel MA, Historikerin und Soziologin. Viele Jahre als Redakteurin beim Bayerischen Rundfunk tätig, heute freiberufliche Journalistin.

Boris Kanzleiter MA, Studium der Geschichte und Literatur an der FU-Berlin und des Escuela Nacional de Antropologia e Historia (ENAH) in Mexiko-Stadt, zurzeit Promotion zum Thema »1968 in Jugoslawien« am Osteuropa Institut der FU-Berlin und Stipendiat der Hans Böckler Stiftung.

Stefan Karner Prof. Dr., Leiter des Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung in Graz-Wien-Klagenfurt; stv. Vorstand des Instituts für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte der Universität Graz, zahlreiche Publikationen zur Geschichte Osteuropas.

Árpád von Klimó PD Dr. phil., Privatdozent für Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin und Forschungsstelle am Zentrum für Zeithistorische Forschung (Potsdam). Seit 1996 Lehre an verschiedenen Universitäten (Bielefeld, International University Bremen und Wien), gegenwärtiger Forschungsschwerpunkt: Ungarische und katholische Katholiken in den 1950er und 1960er Jahren.

Hannes Lachmann Dipl. Kulturwirt, zurzeit Promotionsstipendiat der Gerda Henkel Stiftung an der Universität Passau und Karlsuniversität Prag (Beziehungsgeschichtliche Implikationen des »Ungarnaufstands« und des »Prager Frühlings« für Ungarn und die Tschechoslowakei); Lehraufträge an der Universität Pilsen und seit 2008 an der Karlsuniversität Prag.

Gabriele Lesser Osteuropa-Historikerin und Publizistin, zahlreiche Publikationen zur neueren Geschichte Polens, auch als Fernseh- und Rundfunkkommentatorin tätig.

Adam Michnik Bekannter ehemaliger Bürgerrechtler und Berater des Arbeiterführers Lech Wałesa von der Freiheits- und Gewerkschaftsbewegung Solidarność, Gründer und bis heute Chefredakteur der linksliberalen Tageszeitung Gazeta Wyborcza, einer der bedeutendsten Intellektuellen Polens.

Ohse, Marc-Dietrich Dr. phil., Historiker, 2001-2003 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Hochschul-Informations-System GmbH Hannover und seit 2003 verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift »Deutschland Archiv: Zeitschrift für das vereinigte Deutschland«. Zahlreiche Publikationen zur Geschichte des Protestantismus und der Jugend in der DDR.

Jörg Roesler Prof. Dr. habil., Wirtschaftshistoriker, 1974-1991 Abteilungsleiter am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Bis 1995 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Studien in Potsdam. Gastprofessuren an der McGill-University (Montreal), an der University of Toronto (Kanada) und der Portland State University (Portland/Oregon), Zahlreiche wirtschaftshistorische Publikationen.

Karol Sauerland Professor für deutsche Literatur und Ästhetik an den Universitäten von Warschau und Thorn, zahlreiche Publikationen zur Literaturwissenschaft und Philosophie sowie zu aktuellen politischen Themen, zahlreiche Gastprofessuren und Auszeichnungen, darunter 1995 den Förderpreis für deutsche Sprache und Literatur in Mittel- und Osteuropa der Alexander-von-Humboldt-Stiftung.

Marketa Spiritova Dr. phil., Osteuropa-Historikerin, seit 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Volkskunde/Europäische Ethnologie LMU München und seit 2005 am Lehrstuhl für Vergleichende Kulturwissenschaft Regensburg. Promotion über »Strategien der Alltagsbewältigung tschechischer Intellektueller zur Zeit der ›Normalisierung‹ (1968-1989)«.

Krunoslav Stojaković MA, Studium der Geschichtswissenschaft, Soziologie und Politologie an der Ruhr-Universität Bochum. Mitarbeiter am Arbeitsbereich für Zeitgeschichte der Universität Bielefeld und Stipendiat der Bielefeld International Graduate School in History and Sociology. Promotionsprojekt: »Protestpraktiken. Die kulturelle Avantgarde in Jugoslawien, 1960-1970«.

Richard Wagner Deutschsprachiger Schriftsteller mit rumänischen Wurzeln, verließ 1987 nach Arbeits- und Publikationsverbot Rumänien und lebt seitdem in Berlin. Er hat zahlreiche Erzählungen, Romane, Essays und Kritiken veröffentlicht und mehrere literarische Auszeichnungen erhalten.